

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hedi Thelen (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

### Anteil der Niedriglohneempfänger an den Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz und Deutschland

Die **Kleine Anfrage 1309** vom 8. Januar 2013 hat folgenden Wortlaut:

Vor dem Hintergrund von Meldungen des DGB im Dezember 2012 frage ich die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, wie viele Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den letzten fünf Jahren (jeweils zum 30. Juni und 31. Dezember) in Rheinland-Pfalz und den Bundesländern beschäftigt waren?
2. In welcher Höhe lagen in diesen Jahren jeweils die Grenzen zwischen Niedriglohn und Normalverdiener?
3. Wie hoch war in diesem Zeitraum der Anteil der Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Niedriglohn an den insgesamt Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern (bitte aufschlüsseln nach den Stichtagen 30. Juni und 31. Dezember in den letzten fünf Jahren)?
4. Wie hoch war die Anzahl der Niedriglohn beziehenden Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner in Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern zu den genannten Stichtagen in den letzten fünf Jahren?
5. Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Rheinland-Pfalz grundsätzlich und im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. Januar 2013 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ohne Auszubildende im Zeitraum vom 30. Juni 2006 bis 30. Juni 2011 (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) ist der Anlage 1 zu entnehmen. Eine Datenauswertung für nachfolgende Zeiträume liegt der Landesregierung nicht vor. Vollzeit wird in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit mit 37,5 bis 40 Wochenstunden bei einer Fünftageswoche definiert. Alle Arbeitsverhältnisse, die mit einer geringeren Wochenstundenzahl gemeldet werden, werden als Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse erfasst. Die Zuordnung beruht auf der jeweiligen Meldung des Arbeitgebers.

Zu 2.:

Die Entwicklung der Niedriglohnschwelle in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1999 bis 2010 (jeweils zum Stichtag 31. Dezember) ist der Anlage 2 zu entnehmen.

In Anlehnung an die Definition der OECD gilt bei Auswertungen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit als Geringverdiener, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielt. Die Auswertungen über das Entgelt aus der Bestandsstatistik erfolgen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit nur für den Stichtag 31. Dezember, da dieser aufgrund der Jahresmeldungen methodisch sinnvoll und aussagekräftig ist. Nach den Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit belief sich die Niedriglohnschwelle in der Bundesrepublik Deutschland zum Stichtag 31. Dezember 2006 auf 1 708 Euro und zum Stichtag 31. Dezember 2010 auf 1 802 Euro.

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz ermittelte (ausschließlich für die Jahre 2006 und 2010) anhand der Verdienststrukturerhebung, wobei es sich um eine Stichprobenermittlung handelt, in die Beschäftigte der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei, Hauspersonal und Beschäftigte in Betrieben mit weniger als zehn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht einbezogen werden, einen bundeseinheitlichen Grenzwert für das Jahr 2006 von 1 797 Euro und für das Jahr 2010 von 1 907 Euro.

Der Unterschied zwischen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit und der des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz bei den ermittelten Werten beruht auf der abweichenden Erhebungsweise. Während die Statistik des Statistischen Landesamtes auf einer Stichprobenermittlung beruht, legt die Bundesagentur für Arbeit für ihre Statistik alle seitens der Arbeitgeber gemeldeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) in Vollzeit mit ihrem ortsüblichen Arbeitsentgelt zugrunde.

Zu 3.:

Der Anteil der in Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Niedriglohn an den insgesamt in Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz und dem Bundesgebiet ergibt sich aus Anlage 3 (Quelle: Bundesagentur für Arbeit). Auswertungen erfolgen seitens der Bundesagentur für Arbeit ebenfalls nur zum Stichtag 31. Dezember.

Zu 4.:

Der Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit hat zu dieser Frage keine Auswertung erstellt. Als Grund hierfür wird die begrenzte Aussagekraft der Gegenüberstellung von Gesamtbevölkerung und Niedriglohneempfängerinnen und -empfängern genannt. Da der Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Niedriglohnsektor an der Gesamtbevölkerung in hohem Maße von der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung im jeweiligen Gebiet abhängig ist, ist die Anzahl der Niedriglohnempfängerinnen und empfänger an der Bevölkerung in Regionen mit hoher Beschäftigungsquote ebenfalls regelmäßig höher. Vor diesem Hintergrund rät die Bundesagentur für Arbeit auch davon ab, eine entsprechende Kennzahl zu bilden und verweist stattdessen auf den aus ihrer Sicht aussagekräftigeren Vergleich zwischen der Anzahl unterhalb der Niedriglohnschwelle sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten zu der Gesamtzahl der in Vollzeit Beschäftigten, wie in Anlage 3 dargestellt.

Auch das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat keine entsprechenden Zahlen, da die dort vorliegenden Auswertungen der Verdienststrukturerhebung nicht „die Zahl der Niedriglohn beziehenden Vollzeit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ beinhaltet, auf deren Basis die erbetene Relation aufgezeigt werden könnte.

Zu 5.:

In Rheinland-Pfalz liegt der Anteil derjenigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ein Entgelt unter der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle erhalten, seit dem Jahr 2006 bei rund 20 Prozent. Nachdem zum Stichtag 31. Dezember 2009 ein geringfügiger Rückgang des Anteils zu verzeichnen war und damit eine leichte Unterbrechung des ansonsten stetig steigenden Trends, lag der Anteil zum Stichtag 31. Dezember 2010 bei 20,9 Prozent. Somit waren knapp 183 000 Beschäftigte in Rheinland-Pfalz von einem Niedriglohn betroffen. Im Bundesvergleich nimmt Rheinland-Pfalz damit einen mittleren Platz ein.

Zieht man den Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die ein Entgelt unterhalb der westdeutschen Niedriglohnschwelle erhielten, so ist der Trend vergleichbar. Allerdings liegt der Anteil dann zwischen rund 22 Prozent zum Stichtag 31. Dezember 2006 und rund 23 Prozent zum 31. Dezember 2010. Zudem erhöht sich die absolute Zahl der Betroffenen auf rund 202 000 Beschäftigte und Rheinland-Pfalz findet sich im Vergleich der westdeutschen Länder unter den drei Bundesländern mit dem höchsten Anteil an Vollzeitbeschäftigten, die ein Entgelt unterhalb der Niedriglohnschwelle erhalten.

Ebenso wie in Rheinland-Pfalz ist auch bei allen anderen Bundesländern im Vergleich 2006 zu 2010 ein Anstieg der unterhalb der Niedriglohnschwelle sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten festzustellen, welcher bis zu 2,3 Prozentpunkte (Brandenburg) beträgt. Hierzu scheint der Zuwachs in Rheinland-Pfalz mit 0,7 Prozentpunkten vergleichsweise moderat.

Gleichwohl ist der vorliegenden Auswertung (Anlage 3) eine Verfestigung des Anteils der Menschen zu entnehmen, die unterhalb der Niedriglohnschwelle beschäftigt sind. Diese Entwicklung ist aus Sicht der Landesregierung besorgniserregend und darf nicht ignoriert werden.

Gerade ein sich verstetigender Niedriglohnsektor begünstigt eine soziale Spaltung unserer Gesellschaft durch eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und einem schleichenden Exklusionsprozess von einzelnen Beschäftigungsgruppen. Zudem führen Niedriglöhne häufig für die davon betroffenen Menschen dazu, dass eine Existenzsicherung nicht erreicht werden kann und aufstockende Sozialleistungen in vielen Fällen trotz Vollzeitbeschäftigung in Anspruch genommen werden müssen. Dadurch werden die Beschäftigten nicht nur in ihrer Lebensführung massiv eingeschränkt, sondern auch die öffentlichen Kassen belastet. Darüber hinaus führen Niedriglöhne in vielen Fällen dazu, dass die Betroffenen von den erworbenen Rentenansprüchen nicht leben können und im Alter auf zusätzliche Hilfen angewiesen sind. Auch damit gehen erhebliche Auswirkungen für staatliche Leistungen

und Sozialversicherungssysteme einher.

Die Landesregierung fordert daher bereits seit Jahren nachdrücklich die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland, um die Ausbreitung von Niedriglöhnen zu verhindern und weiteren Druck auf das Lohngefüge abzuwehren. Auch hält sie eine kritische Begleitung und Auseinandersetzung mit den Entwicklungen am Arbeitsmarkt für eine der wesentlichen Herausforderungen in unserem Land. Faire und sichere Arbeitsbedingungen, die Sicherung gut entlohnter Arbeit sowie der Einsatz gegen unfaire Löhne durch Niedriglohn und Lohndumping sind dabei Leitmotive der Landesregierung.

Alexander Schweitzer  
Staatsminister

## Anlage 1

## Anlage 1

## Beschäftigungsstatistik

**Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte ohne Auszubildende am Arbeitsort**Deutschland, Bundesländer  
Zeitreihe<sup>1)</sup>

Bundesland	Stichtag										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	30.06.2006	31.12.2006	30.06.2007	31.12.2007	30.06.2008	31.12.2008	30.06.2009	31.12.2009	30.06.2010	31.12.2010	30.06.2011
<b>Insgesamt</b>	20.367.228	20.279.639	20.603.726	20.570.702	20.939.613	20.746.580	20.630.325	20.448.332	20.825.684	20.849.886	21.284.954
01 Schleswig-Holstein	579.816	571.629	583.851	577.399	590.522	582.452	585.116	575.381	590.186	584.888	602.241
02 Hamburg	589.669	592.458	601.436	609.522	618.395	626.552	623.703	624.323	631.241	634.463	641.748
03 Niedersachsen	1.745.047	1.725.940	1.760.723	1.753.313	1.794.271	1.771.654	1.780.835	1.756.706	1.806.653	1.796.084	1.850.058
04 Bremen	206.253	207.007	210.532	212.013	215.514	215.342	212.352	210.789	211.773	212.896	215.601
05 Nordrhein-Westfalen	4.361.365	4.348.193	4.420.034	4.420.787	4.491.690	4.455.548	4.407.752	4.366.057	4.419.486	4.438.860	4.503.647
06 Hessen	1.619.594	1.615.077	1.637.262	1.638.385	1.662.352	1.651.156	1.635.173	1.626.960	1.644.686	1.650.953	1.681.067
07 Rheinland-Pfalz	868.833	862.934	881.093	874.800	896.517	880.532	881.018	870.881	893.372	888.755	915.303
08 Baden-Württemberg	2.920.796	2.921.699	2.951.152	2.964.492	3.002.137	2.982.960	2.933.761	2.912.373	2.948.898	2.973.523	3.021.311
09 Bayern	3.338.664	3.310.816	3.388.441	3.371.849	3.450.322	3.403.163	3.397.496	3.352.761	3.433.464	3.427.757	3.525.482
10 Saarland	267.212	266.729	269.908	269.438	272.335	267.972	264.420	261.958	266.284	266.804	271.788
11 Berlin	772.738	776.662	781.149	791.583	802.537	814.638	815.758	819.795	827.075	834.878	844.480
12 Brandenburg	554.021	552.367	562.868	554.559	565.322	556.915	561.417	558.281	572.357	566.441	581.238
13 Mecklenburg-Vorpommern	381.875	372.268	381.751	372.975	385.886	374.720	384.567	375.414	390.905	380.288	396.449
14 Sachsen	1.035.123	1.036.408	1.042.680	1.039.683	1.053.341	1.041.679	1.032.903	1.030.106	1.053.460	1.060.931	1.080.049
15 Sachsen-Anhalt	564.730	561.104	563.553	558.991	567.185	561.608	558.790	555.199	565.296	562.985	572.185
16 Thüringen	561.492	558.348	567.293	560.913	571.287	559.689	555.264	551.548	570.548	569.380	582.307

Erstellungsdatum: 17.01.2013, Statistik-Service Südwest, Auftragsnummer 151927

1) Aufgrund der Umstellung der Erhebungsinhalte hinsichtlich der Angaben zur Tätigkeit („Arbeitszeit“, „Ausbildung“ und „ausgeübte Tätigkeit (Beruf)“) ist ein statistischer Nachweis für Stichtage nach dem 30.06.2011 derzeit nicht sinnvoll. Näheres hierzu siehe Methodenbericht: Beschäftigungsstatistik – Umstellung der Erhebungsinhalte bei den Merkmalen „ausgeübte Tätigkeit (Beruf)“, „Arbeitszeit“ und „Ausbildung“, <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistik-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarkt-Arbeitsmarktpolitik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-TS-BST.pdf>

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## Anlage 2



**Bundesagentur für Arbeit**  
Statistik

**Anlage 2**

Beschäftigungsstatistik

**Niedriglohnschwelle**

Deutschland, West, Ost

Ausgewählte Stichtage

Stichtag	Deutschland	West	Ost
	1	2	3
31.12.1999	1.546	1.627	1.211
31.12.2000	1.578	1.656	1.235
31.12.2001	1.620	1.696	1.271
31.12.2002	1.652	1.726	1.303
31.12.2003	1.678	1.755	1.313
31.12.2004	1.695	1.772	1.326
31.12.2005	1.706	1.785	1.328
31.12.2006	1.708	1.792	1.316
31.12.2007	1.728	1.815	1.326
31.12.2008	1.768	1.855	1.352
31.12.2009	1.784	1.870	1.367
31.12.2010	1.802	1.890	1.379

Erstellungsdatum: 18.01.2013, Statistik-Service Südwest, Auftragsnummer 151972

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## Anlage 3



## Anlage 3

Beschäftigungsstatistik

## Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Bruttoarbeitsentgelten unterhalb der Niedriglohnschwelle

Deutschland, Bundesländer  
Zeitreihe<sup>1)</sup>

Stichtag	Region (Arbeitsort)	Bundesein- heitliche Niedriglohn- schwelle in €	Niedriglohn- schwelle in Westdeutschland in €	Niedriglohn- schwelle in Ostdeutschland in €	Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende)							
					Insgesamt	darunter mit Angaben zum Entgelt						
						Insgesamt	darunter mit Entgelten unter der bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle		darunter mit Entgelten unter der westdeutschen Niedriglohnschwelle		darunter mit Entgelten unter der ostdeutschen Niedriglohnschwelle	
							absolut	Anteil in % (Spalte 5)	absolut	Anteil in % (Spalte 5)	absolut	Anteil in % (Spalte 5)
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
31.12.2006	Deutschland	1.708			20 279 839	19 791 463	4 322 467	21,8	-	-	-	-
	01 Schleswig-Holstein	1.708	1.792		571 629	556 657	126 072	22,6	140 666	25,3	-	-
	02 Hamburg	1.708	1.792		592 458	573 981	93 137	16,2	103 227	18,0	-	-
	03 Niedersachsen	1.708	1.792		1 725 940	1 684 190	356 607	21,2	397 981	23,6	-	-
	04 Bremen	1.708	1.792		207 007	202 297	36 419	18,0	40 297	19,9	-	-
	05 Nordrhein-Westfalen	1.708	1.792		4 348 193	4 251 915	731 692	17,2	814 112	19,1	-	-
	06 Hessen	1.708	1.792		1 615 077	1 569 760	254 725	16,2	283 753	18,1	-	-
	07 Rheinland-Pfalz	1.708	1.792		862 934	842 801	170 635	20,2	188 490	22,4	-	-
	08 Baden-Württemberg	1.708	1.792		2 921 699	2 853 403	451 500	15,8	500 794	17,6	-	-
	09 Bayern	1.708	1.792		3 310 816	3 231 307	583 866	18,1	653 578	20,2	-	-
	10 Saarland	1.708	1.792		266 729	260 420	50 866	19,5	56 187	21,6	-	-
	11 Berlin	1.708		1.316	776 662	752 941	201 214	26,7	-	-	120 573	16,0
	12 Brandenburg	1.708		1.316	552 367	536 942	210 944	39,3	-	-	112 987	21,0
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.708		1.316	372 268	364 092	155 121	42,6	-	-	83 478	22,9
	14 Sachsen	1.708		1.316	1 036 408	1 012 672	435 599	43,0	-	-	238 175	23,5
	15 Sachsen-Anhalt	1.708		1.316	561 104	550 751	226 170	41,1	-	-	126 156	22,9
	16 Thüringen	1.708		1.316	558 348	547 334	237 899	43,5	-	-	124 948	22,8
31.12.2007	Deutschland	1.728			20 570 702	20 217 109	4 470 506	22,1	-	-	-	-
	01 Schleswig-Holstein	1.728	1.815		577 399	566 057	129 991	23,0	145 612	25,7	-	-
	02 Hamburg	1.728	1.815		609 522	595 131	99 175	16,7	109 946	18,5	-	-
	03 Niedersachsen	1.728	1.815		1 753 313	1 722 104	375 273	21,8	419 901	24,4	-	-
	04 Bremen	1.728	1.815		212 013	208 697	39 487	18,9	43 622	20,9	-	-
	05 Nordrhein-Westfalen	1.728	1.815		4 420 787	4 348 203	764 250	17,6	852 207	19,6	-	-
	06 Hessen	1.728	1.815		1 638 385	1 607 461	267 233	16,6	298 306	18,6	-	-
	07 Rheinland-Pfalz	1.728	1.815		874 800	858 993	176 153	20,5	194 836	22,7	-	-
	08 Baden-Württemberg	1.728	1.815		2 964 492	2 916 580	465 300	16,0	517 625	17,7	-	-
	09 Bayern	1.728	1.815		3 371 849	3 317 673	602 235	18,2	676 596	20,4	-	-
	10 Saarland	1.728	1.815		269 438	264 719	51 767	19,6	57 440	21,7	-	-
	11 Berlin	1.728		1.326	791 583	772 470	211 535	27,4	-	-	123 699	16,0
	12 Brandenburg	1.728		1.326	554 559	543 893	217 876	40,1	-	-	114 067	21,0
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.728		1.326	372 975	365 865	158 724	43,4	-	-	83 822	22,9
	14 Sachsen	1.728		1.326	1 039 683	1 024 860	443 760	43,3	-	-	236 937	23,1
	15 Sachsen-Anhalt	1.728		1.326	558 991	551 527	226 846	41,1	-	-	122 009	22,1
	16 Thüringen	1.728		1.326	560 913	552 876	240 901	43,6	-	-	124 251	22,5
31.12.2008	Deutschland	1.768			20 746 580	20 335 150	4 529 758	22,3	-	-	-	-
	01 Schleswig-Holstein	1.768	1.855		582 452	569 302	134 475	23,6	150 089	26,4	-	-
	02 Hamburg	1.768	1.855		626 552	609 018	102 087	16,8	113 053	18,6	-	-
	03 Niedersachsen	1.768	1.855		1 771 654	1 735 256	386 268	22,3	431 663	24,9	-	-
	04 Bremen	1.768	1.855		215 342	211 056	40 214	19,1	44 592	21,1	-	-
	05 Nordrhein-Westfalen	1.768	1.855		4 455 548	4 366 757	778 246	17,8	866 839	19,9	-	-
	06 Hessen	1.768	1.855		1 651 156	1 618 683	271 354	16,8	302 993	18,7	-	-
	07 Rheinland-Pfalz	1.768	1.855		880 532	861 800	176 626	20,5	195 532	22,7	-	-
	08 Baden-Württemberg	1.768	1.855		2 982 960	2 928 023	460 816	15,7	512 884	17,5	-	-
	09 Bayern	1.768	1.855		3 403 163	3 337 288	601 110	18,0	675 062	20,2	-	-
	10 Saarland	1.768	1.855		267 972	262 672	50 947	19,4	56 509	21,5	-	-
	11 Berlin	1.768		1.352	814 638	791 871	223 682	28,2	-	-	131 159	16,6
	12 Brandenburg	1.768		1.352	556 915	546 355	223 806	41,0	-	-	117 212	21,5
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.768		1.352	374 720	366 118	161 963	44,2	-	-	86 910	23,7
	14 Sachsen	1.768		1.352	1 041 679	1 026 492	447 151	43,6	-	-	237 281	23,1
	15 Sachsen-Anhalt	1.768		1.352	561 608	553 226	230 382	41,6	-	-	123 340	22,3
	16 Thüringen	1.768		1.352	559 689	551 233	240 631	43,7	-	-	123 261	22,4
31.12.2009	Deutschland	1.784			20 448 332	20 026 993	4 463 979	22,3	-	-	-	-
	01 Schleswig-Holstein	1.784	1.870		575 381	562 694	133 562	23,7	148 914	26,5	-	-
	02 Hamburg	1.784	1.870		624 323	607 341	101 538	16,7	112 306	18,5	-	-
	03 Niedersachsen	1.784	1.870		1 756 706	1 719 355	380 045	22,1	423 834	24,7	-	-
	04 Bremen	1.784	1.870		210 789	206 417	38 994	18,9	43 296	21,0	-	-
	05 Nordrhein-Westfalen	1.784	1.870		4 366 057	4 276 413	760 227	17,8	846 325	19,8	-	-
	06 Hessen	1.784	1.870		1 626 960	1 592 053	265 387	16,7	295 778	18,6	-	-
	07 Rheinland-Pfalz	1.784	1.870		870 681	851 798	173 314	20,3	191 824	22,5	-	-
	08 Baden-Württemberg	1.784	1.870		2 912 373	2 858 157	450 602	15,8	501 063	17,5	-	-
	09 Bayern	1.784	1.870		3 352 761	3 287 359	589 969	17,9	661 534	20,1	-	-
	10 Saarland	1.784	1.870		261 958	256 492	50 182	19,6	55 683	21,7	-	-
	11 Berlin	1.784		1.367	819 795	794 213	221 867	27,0	-	-	128 259	16,1
	12 Brandenburg	1.784		1.367	558 281	545 333	224 634	41,2	-	-	116 859	21,4
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.784		1.367	375 414	368 083	163 748	44,5	-	-	87 618	23,8
	14 Sachsen	1.784		1.367	1 030 106	1 013 470	445 303	43,9	-	-	235 317	23,2
	15 Sachsen-Anhalt	1.784		1.367	555 199	545 375	226 722	41,6	-	-	120 570	22,1
	16 Thüringen	1.784		1.367	551 548	542 440	237 885	43,9	-	-	122 799	22,6
31.12.2010	Deutschland	1.802			20 849 886	20 498 959	4 663 741	22,8	-	-	-	-
	01 Schleswig-Holstein	1.802	1.890		584 888	574 983	138 726	24,1	155 066	27,0	-	-
	02 Hamburg	1.802	1.890		634 463	619 820	106 479	17,2	118 136	19,1	-	-
	03 Niedersachsen	1.802	1.890		1 796 084	1 764 361	397 153	22,5	443 763	25,2	-	-
	04 Bremen	1.802	1.890		212 896	209 288	41 125	19,7	45 615	21,8	-	-
	05 Nordrhein-Westfalen	1.802	1.890		4 438 860	4 365 861	801 529	18,4	892 648	20,4	-	-
	06 Hessen	1.802	1.890		1 650 953	1 623 540	278 944	17,2	311 467	19,2	-	-
	07 Rheinland-Pfalz	1.802	1.890		888 755	873 420	182 715	20,9	202 092	23,1	-	-
	08 Baden-Württemberg	1.802	1.890		2 973 523	2 920 881	479 021	16,4	531 702	18,2	-	-
	09 Bayern	1.802	1.890		3 427 757	3 371 025	618 200	18,3	693 270	20,6	-	-
	10 Saarland	1.802	1.890		266 804	262 952	52 482	20,0	58 323	22,2	-	-
	11 Berlin	1.802		1.379	834 878	816 592	230 650	28,2	-	-	129 732	15,9
	12 Brandenburg	1.802		1.379	566 441	556 433	231 262	41,6	-	-	118 025	21,2
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.802		1.379	380 288	374 327	167 898	44,9	-	-	89 239	23,8
	14 Sachsen	1.802		1.379	1 080 931	1 047 745	459 215	43,8	-	-	240 913	23,0
	15 Sachsen-Anhalt	1.802		1.379	562 985	555 398	232 130	41,8	-	-	121 445	21,9
	16 Thüringen	1.802		1.379	569 380	562 533	246 213	43,8	-	-	126 768	22,5

Erstellungsdatum: 17.01.2013, Statistik-Service Südwest, Auftragsnummer 151927

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Inhalt unterliegt urheberrechtlichem Schutz.

1) Aufgrund der Umstellung der Erhebungsinhalte hinsichtlich der Angaben zur Tätigkeit („Arbeitszeit“, „Ausbildung“ und „ausgeübte Tätigkeit (Beruf)“) ist ein statistischer Nachweis für Stichtage nach dem 30.06.2011 derzeit nicht sinnvoll. Näheres hierzu siehe Methodenbericht: Beschäftigungsstatistik - Umstellung der Erhebungsinhalte bei den Merkmalen „ausgeübte Tätigkeit“ (Beruf), „Arbeitszeit“ und „Ausbildung“ <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistik-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktpolitik/Generische-Publikationen/Methodenberichte-TS-BST.pdf>